

Politik *heute*

Nachrichten aus Politik und Wirtschaft

Europas Verarmung als politisches Programm

Josef Zachtl

Die jahrelangen Beschwichtigungen der Politiker der EU und aller Staatsregierungen - auch der österreichischen - wurden nun als Lügen entlarvt. Doch nicht alle Politiker waren Lügner, viele waren und sind einfach zu dumm oder zu faul zum nachdenken. Und dann gibt es ja auch die Parteidisziplin - keiner will seine gut dotierte Position verlieren! Es waren keine EU-Gegner, sondern Verfechter einer starken Europäischen Union und allen voran der Vater des deutschen Wirtschaftswunders Ludwig Erhard, die davor warnten, alle Völker trotz unterschiedlicher Mentalität und Arbeitsmoral über einen Kamm zu scheren. Die Folgen wären, so Erhard, eine Desintegration schlimmsten Ausmaßes - die wir jetzt haben!

Wirtschaftsfachleute warnten vor dem EU-Beitritt Griechenlands - Politiker wissen alles besser und es kümmerte sie auch nicht, als die gefälschten Budgets bekannt wurden. Das gleiche wiederholte sich einschließlich neuerlich gefälschter Zahlen beim Beitritt in den Euro-Raum. Die EU schickte Geld, ohne sich um dessen Verwendung zu kümmern und es interessierte auch niemand, wie es um die wirtschaftliche Situation Griechenlands stand. Parallel dazu sah man auch gelassen zu, wie Spanien, Portugal und weitere Staaten mit eigenem und EU-Geld Mißwirtschaft betrieben.

Als das Finanzchaos ausbrach, spannte man einen „Rettungsschirm“ nach dem anderen auf und wollte uns jedesmal einreden, daß damit Griechenland gerettet sei, die Milliarden wieder zurückbezahlt würden und wir überdies gute Zinsen dafür bekämen, was kein einziger der von uns Befragten mit Hausverstand glaubte. Eine Frechheit erlaubte sich der damalige Finanzminister Josef Pröll - politisches Leichtgewicht von seines Onkels Gnaden - der dazu meinte, es wären ja „nur“ Haftungen.

Nun ist das Spiel aus. Man redet von 60 und mehr Prozent Schuldennachlaß, doch Griechenland wird auch den Rest der Schulden nicht bezahlen können. Unbekümmert will Griechenland auf Weisung der EU (?) 2 Moscheen um je 15 Millionen Euro bauen. Der frühere Ministerpräsident erklärte treuherzig, daß man schon zwei Jahre zuvor die drohende Pleite erkannte, sich jedoch auf die EU verlassen habe. Und der frühere Finanzminister meinte, daß Griechenland rund 500.000 Beamte zuviel hat. Wer hier noch an Zufälle oder Schlamperei glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Die griechische Regierung hat längst erkannt, daß sie die versprochenen Einsparungen gegen die immer wieder randalierenden Demonstranten nicht durchsetzen kann. Demonstranten, die zum großen Teil Nutznießer der großzügigen Finanzgebahrung der Regierung waren. Überdies gibt es gegen Deutschland Hetzkampagnen, weil es als größter Unterstützer Griechenlands die Durchsetzung der Sparmaßnahmen fordert. Zu guter Letzt wird man feststellen, daß ein Konkurs Griechenlands, wie in der Zeitbühne von Anfang an vertreten, die billigste Lösung gewesen wäre.

Unsere Abonnenten und all jene, die uns direkt oder indirekt unterstützen, brauchen jetzt nicht weiter lesen.

Doch alle anderen Bezieher von *Politik heute* und/oder *Zeitbühne* ersuchen wir zur Absicherung des weiteren Bezuges um Bezahlung eines Abonnements.

Das Jahres-Abo der *Zeitbühne* kostet 26, Ausland 30,- Euro

Das Abo von *Politik heute* kostet 12,- Euro, die Internetausgabe der *Zeitbühne* 15,- Euro. Preise, die niemand weh tun, für uns sind Abos jedoch ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung.

**Bankverbindung: Bank Austria Steyr, BLZ 12000, Konto Nr. 0592 -42214/00
IBAN= AT48 1100 0059 2422 1400/ BIC=BKAUATWW**

Aus dem Inhalt

Enttäuschte Hoffnungen

Der „Arabische Frühling“ nützt den Islamisten, die Krisen bleiben. Ob bei Erfindung des Schlagworts „Arabischer Frühling“ Naivität oder wie beim „Reformvertrag“ oder „Rettungsschirm“ arglistige Täuschung Pate stand, sei dahingestellt. Klar ist heute, daß die „Frühlings-Hoffnungen“ Illusion waren.

Deutsche Grünen fordern:

200.000 Afrikaner nach Deutschland

Und für ein „Klima des Willkommenseins“ müßten alle Aussiedler von Beginn an Anspruch auf volle Sozialleistungen haben.

Die nächste Blase

heißt Alternativenergien

Jeder mittelklassige Politiker weiß, daß wir trotz höherer Löhne, noch höherer Sozialleistungen und Steuern gegen die chinesische Konkurrenz bestehen können. Doch die Drahtzieher im Hintergrund steuern damit Europas Verarmung an.

Unschuldengel Werner Faymann

Mit den Millionenaufträgen der dem damaligen Infrastrukturminister Faymann unterstellten Bundesbahnen und für Autobahnen und Schnellstraßen zuständigen ASFINAG an auserwählte Zeitungen hatte unser heutiger Bundeskanzler rein gar nichts zu tun. Er hatte ja kein Weisungsrecht - für wie dumm hält er die Bevölkerung? Und die schmeichelhaften Berichte über Faymann in diesen Zeitungen haben mit den lukrativen Aufträgen auch nichts zu tun.

Bemerkenswerte Umfrage

Eine Umfrage ergab, daß zahlreiche deutsche Volksvertreter keine Ahnung vom Euro-Rettungsschirm haben, dem sie jedoch zugestimmt haben. Ist ja auch nicht ihr Geld.

Man könnte jede Wette eingehen - in Österreich ist die Situation nicht anders.